

Das Konjunkturpaket II verringert die Gestaltungsspielräume der Kommunen

Infrastrukturfieber

Von Gerd Held

Ein Großteil der Mittel aus dem Konjunkturpaket II wird an die Kommunen gehen. Die Freude über den Geldsegen ist jedoch nicht ungeteilt. In den Verwaltungen unserer Städte gibt es in diesen Tagen viele Leute mit Bauchschmerzen. Das liegt an zwei gegensätzlichen Erwartungen, die an das Paket geknüpft werden: Es soll zugleich Konjunkturprogramm und Strukturprogramm sein. Als Konjunkturprogramm soll es möglichst schnell wirken und die Nachfrage stimulieren – besonders in der Bauwirtschaft. Die verschiedenen Verwaltungsebenen müssen nun schlagartig eine wahre Antragsflut überprüfen. Das können sie nur sehr summarisch tun. Die Fachleute sagen, dass eine Beurteilung, ob die beantragten Investitionen wirklich angemessen sind, kurzfristig nicht möglich ist. Dennoch scheut man sich, ein Vorhaben länger zu prüfen, denn jede Verzögerung beschädigt die Wirkung auf die Konjunktur. Dies Dilemma spricht eigentlich für kleinere, überschaubare Vorhaben. Die Infrastrukturen unserer Städte - Schulgebäude, Straßen, Grünanlagen, Wasserleitungen und Kraftwerke – liegen ja nicht völlig danieder. Es gibt allerdings einen Reparaturstau, der sich über die Jahre immer mehr aufgehäuft hat. Die Schlaglöcher auf unseren Straßen sind das unübersehbare Zeichen für einen großen Nachholbedarf und eine sinnvolle Aufgabe in der Rezession. Aber die Schlaglochreparaturen sind im Paket der Bundesregierung ausgeschlossen. Die Philosophie ist anders, es müssen größere, ganz neue Projekte sein. Da aber müsste eigentlich besonders sorgfältig abgewogen werden. Man legt sich für längere Zeit fest, die neuen Anlagen müssen zu der jeweiligen Stadt passen und

dürfen nicht „über ihre Verhältnisse“ gehen. Für diese Prüfung fehlt jetzt die Zeit.

In der Not neigt man dazu, Zuflucht bei Generalaussagen zu nehmen. „Ökologie ist gut“, also wird alles durchgewunken, was den Eindruck des Klimaschutzes oder eines anderen Umweltschutzes erweckt. So ist es sehr wahrscheinlich, dass Gebäude wärmesaniert werden, die in ein paar Jahren gar nicht mehr gebraucht werden. „Bildung ist gut“, also ist man bei Schulinvestitionen großzügig. Ob der Aufwand im Verhältnis zum Lernerfolg steht, ist fraglich. Oft kommen kleinere Schulen und Kindertagesstätten nicht zum Zug, weil es Mindestgrößen für die Fördersummen gibt. Unter der Hand wird auch Schulpolitik betrieben. In Berlin wird der Geldsegen auch dazu genutzt, um die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu forcieren. Die bildungspolitische Diskussion wird ausgehebelt, denn mit den Millionen aus dem Konjunkturpaket liegen nun ganz unpädagogische Argumente auf dem Tisch. Ebenso bleiben manche Schulen auf der Strecke, deren Elternschaft sich in den letzten Jahren in Eigeninitiative um Reparaturen und Ausstattungen gekümmert hat.

Hier zeigt sich eine Gefahr der neuen Konjunkturverwaltungs-Wirtschaft. Die Selbstverantwortung der einzelnen Einrichtungen wird geschwächt. Im Rahmen einer globalen Förderung wird alles von oben mit schnellem Geld geflutet. Die Kommunen können das Geld nur durchleiten. Die Unterschiede vor Ort spielen immer weniger eine Rolle, die Eigenleistungen werden entwertet – welcher Bürger wird sich noch um „seine“ Schule und „seinen“ Park kümmern. Ebenso wird die Arbeit der kommunalen Institutionen entwertet. Wo

nur globale Kriterien regieren, verlieren die lokalen Gliederungen unseres Gemeinwesens an Bedeutung. Sie sitzen ohnmächtig am Zahlungsstrom.

Die Verbindung von Globalsteuerung und Infrastruktur-Euphorie gab es schon einmal. Das war Ende der 60er Jahre und unser Land befand sich noch in einer allgemeinen Wachstumsphase. Damals konnte man davon ausgehen, dass das Wachstum von Wirtschaft und Gesellschaft die neuen Infrastrukturen schon „ausfüllen“ würden. Das ist heute anders. Wachstum und Schrumpfung stehen nebeneinander und werden es weiter tun. Unsere Zeit ist geprägt von Wertberichtigungen. Unterneh-

men reduzieren die Zahl ihrer Standorte, Familien können sich ihre bisherigen Wohnhäuser nicht mehr leisten. Die Immobilienkrise wird ganz unvermeidbar auf die Infrastrukturen durchschlagen. Aber diese Erkenntnis hat sich bei den Verantwortlichen noch kaum durchgesetzt, die jetzt versuchen, die Konjunktur mit Infrastrukturinvestitionen zu retten. Am ehesten gibt es diese Erkenntnis bei den Städten und Gemeinden, die mit den Realitäten vor Ort direkt konfrontiert sind. Aber ihr Urteil ist wenig gefragt, sie sehen ihre Rolle auf das bloße Durchleiten von Geldströmen reduziert. Man kann ihre täglichen Bauchschmerzen gut verstehen.

(Manuskript vom 15.2.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 18.2.2009 unter der Überschrift „Ohnmächtig am Geldstrom“)